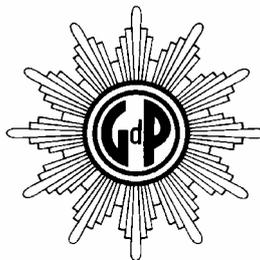


Pressemeldung



Gewerkschaft der Polizei

Bundesvorstand

<http://www.gdp.de>

gdp-pressestelle@gdp-online.de

Berlin, 9. Februar 2005

Konrad Freiberg: Mit großer Verantwortung Weg für Modernisierung des Tarifrechts des öffentlichen Dienstes geebnet

Große Tarifkommission der GdP stimmt Potsdamer Verhandlungsergebnis zu

Potsdam/Berlin. Das Ergebnis der in Potsdam abgelaufenen Tarifverhandlungen 2005 für die rund 2,3 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Bund und Kommunen ist von der Großen Tarifkommission der Gewerkschaft der Polizei (GdP) mit deutlicher Mehrheit angenommen worden. Konrad Freiberg, GdP-Bundesvorsitzender: „Mit dem heute hart errungenen Tarifergebnis haben Arbeitgeber und Gewerkschaften den Weg für eine umfassende Modernisierung des Tarifrechts des öffentlichen Dienstes geebnet. Die Verhandlungspartner waren sich auch in schwierigen Phasen der Tarifgespräche der Verantwortung bewusst, dass ein Scheitern des von beiden Seiten als notwendig erachteten Reformprozesses zu unerwünschten Konsequenzen geführt hätte.“

Die nun vereinbarte Angleichung der Wochenarbeitszeit auf 39 Stunden für Beschäftigte der Bundesbehörden in Ost und West hätte den Toleranzrahmen der Gewerkschaften gänzlich ausgereizt. Im Sinne gleicher Arbeitsbedingungen für Ost- und Westbeschäftigte habe man aber diese „dicke Kröte“ geschluckt. Unter dem Strich hält die GdP eine Arbeitszeitverlängerung auch weiterhin für das falsche Signal.

Dagegen richtig sei, so Kerstin Philipp, für die Tarifpolitik zuständige stellv. GdP-Bundesvorsitzende, über eine leistungsorientierte Bezahlung und höhere Einstiegsentgelte dem qualifizierten Nachwuchs attraktive Perspektiven für eine Karriere im öffentlichen Dienst anbieten zu können. Hinzu komme, dass die Arbeitsplatzsicherheit über den unverändert bestehenden Kündigungsschutz als Faktor für die Tätigkeit im öffentlichen Dienst schwer wiege.

Der GdP-Vorsitzende appellierte an die Länder, sich dem Verhandlungsergebnis nicht zu verschließen und an den Verhandlungstisch zurückzukehren.

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190